

Die Politik der evangelischen Union im Jahre 1618.

Von

J. Krebs.

I. Rückblick auf die Entwicklung des Bundes.

Nach langen fruchtlosen Verhandlungen war endlich im Mai des Jahres 1608 eine erste umfassendere Vereinigung evangelischer deutscher Fürsten zustande gekommen. Unter dem frischen Eindrucke des soeben ohne Ergebnis verlaufenen Reichstages von Regensburg, wo nach Ansicht der Protestanten die starrsinnige katholische Majorität des Fürstenrates¹⁾ sogar an dem Bestande des Augsburger Religionsfriedens zu rütteln gewagt hatte, fand sich zu Ahausen eine Anzahl süddeutscher protestantischer und reformierter Fürsten in Person zum Abschlusse eines Schutz- und Trugbündnisses ein. Mit der ganzen Leidenschaftlichkeit seines Wesens widmete sich vor allen Fürst Christian von Anhalt dem Zustandekommen des Werkes. Auf der Reise nach Ahausen traf er in Crailsheim mit dem Markgrafen von Baden zusammen; er versäumte nichts, um „noch denselben Abend“ und am anderen Tage während der Fahrt bei genanntem Fürsten „gute praeparatoria“ zu machen. Auch bei den Beratungen selbst riß sein Feuereifer die übrigen Fürsten mit fort; von morgens 7—11 und von nachmittags 2 bis abends nach 8 Uhr berieten und stimmten sie mehrere Tage persönlich. Nach Anhalts Zeugnis bewiesen alle Teilnehmer an den Verhandlungen Eifer und Fleiß, „weil diese gegenwärtigen Ereignisse der Zeit so heftig und dringlich, daß, wo denselben mit einträchtiger Zusammensetzung nicht sollte vorgebaut werden, man eines gänzlichen Untergangs von Land und Leuten zu gewarten.“²⁾

Der Ausgang der Beratungen entsprach diesen Worten nicht völlig. Waren dabei auch die konfessionellen Spaltungen unter den anwesenden Fürsten zurückgetreten, ganz hatte man sie doch nicht zu überwinden vermocht. Das geht schon aus der Besprechung des von Anhalt mitgebrachten Bundesentwurfs hervor. Fürst Christian hatte darin als eifriger Calvinist die Wendung gebraucht, das Fundament der Unruhe rühre vom Papste und von Spanien her; in erster Linie auf Drängen des Pfalzgrafen von Neuburg, der schon auf dem Frankfurter Konvente von 1599 eine abweichende Haltung eingenommen hatte, mußten jene Worte entfernt werden. Des Religionsfriedens wurde nicht gedacht, dagegen traf man für den Fall eines Krieges Bestimmungen über Teilung der Beute. Man sorgte in diesem ersten Unionsabschiede für Verteidigungsanstalten gegen einen Angriff, aber man hob die Wirkung davon sofort durch einen Paragraphen wieder auf, der für Kriegsfälle ein doppeltes Direktorium inner und außer Landes festsetzte; eine Bestimmung, die wenig geeignet war, die gleich nach Abschluß des Bundes auftauchenden kriegerischen Gelüste Anhalts³⁾ besonders zu unterstützen. Als überaus vorsichtig müssen die in einem Nebenabschied verwiesenen Vorschriften über die Art bezeichnet werden, wie bei den unter den unierten Ständen selbst entstehenden Streitigkeiten verfahren werden sollte. Denn schon im nächsten Jahre brach zwischen Zweibrücken und Neuburg ein Zwist wegen der Vormundschaft über den kurpfälzer Erbprinzen⁴⁾ aus. Heftiger war die Spaltung zwischen Neuburg und Brandenburg wegen der Jülicher Erbschaft. Sie schlug immer weitere Kreise, und da in jenen Tagen einmal religiöse Fragen mit materiellen Vorteilen

¹⁾ Am 26. Januar 1608 stimmten im Fürstenrate auf protestantischer Seite 15 Stände ab; ihnen standen 33 katholische Stimmen gegenüber. Vgl. v. Egloffstein, der Reichstag zu Regensburg im Jahre 1608, S. 45. Auf S. 69 derselben (nebenbei vortrefflichen) Schrift heißt es: Daß die Protestanten gegenüber dem Antrage der Katholiken bezüglich der Klausel so hartnäckig und entschieden auf ihrer Forderung der einfachen Bestätigung des Religionsfriedens bestanden, mußte die Katholiken des Fürstenrats in ihrer Auffassung von dem mit jener Klausel beabsichtigten Zwecke bestärken und ihnen die Befestigung der Bestätigung um so dringender erscheinen lassen. Aus diesen Worten klingt es uns fast wie ein Nachhall der Kämpfe jener Tage entgegen.

²⁾ Ritter, Briefe und Akten I, 705 fge.

³⁾ Ritter, Gesch. d. Union I, 134.

⁴⁾ Häusser, Rhein. Pfalz II, 248.

untrennbar verknüpft waren, so trieb sie den Erben von Pfalz-Neuburg schließlich zum Austritt aus der Union und ganz ins katholische Lager. Die im Beitrag Säumigen sollten nach sechs Wochen in poenam dubli verfallen, ja möglicherweise sollte auf ihre Kosten ein dem Rückstande gleichkommendes Kapital aufgenommen werden. Wie wenig derartige Bestimmungen bei der Zahlungsunlust oder der Armut mancher Mitglieder wert waren, beweisen die immer wiederkehrenden Klagen über nicht gezahlte Reste. Württemberg schuldete der Unionskasse im April 1617 259 760 Fl., von den 1611 zu Rothenburg und 1617 zu Heilbronn verwilligten 60 und 27 Römermonaten waren 1617 noch 241 625 Fl. in Rest geblieben, darunter Kurbrandenburg mit 136 240 Fl.; von den 1614 zu Heilbronn bewilligten 35 Vorratsmonaten waren über 108 000 Fl. nicht bezahlt worden (Brandenburg restierte dabei mit 63 980 Fl.) Dann heißt es lakonisch weiter: Von den jüngst im April 1617 zu Heilbronn verwilligten zehn Monaten ist allein von Rempten erlegt worden 1560 Fl., weiters ist bis dato nichts einkommen. Item ist von dem Getreid, so vermöge jüngster Heilbronner Vergleichen in Vorrat allhie zu Nürnberg geschüttet werden soll, geliefert worden allein von Herrn Markgrafen Joachim Ernst zu Brandenburg f. Gn. 256 Malter Korn¹⁾. Die Leiter der Union hätten aus den kriegerischen Vorgängen von 1599 und 1609 lernen können, wie verhängnisvoll eine derartige Zahlungsverzögerung auf den Verlauf der militärischen Ereignisse einwirken mußte.

Den Unionsabschied von Ahausen haben nur sechs Fürsten unterzeichnet; deshalb wurde von Anfang an die Anwerbung weiterer evangelischer Stände zur Union in Aussicht genommen. Sie hatte raschen Erfolg. Schon 1609 traten Pfalzgraf Johann von Zweibrücken, die sämtlichen Fürsten von Anhalt, Graf Gottfried von Ottingen und die Städte Straßburg, Ulm und Nürnberg dem Bunde bei; vergebens wurden die Städte durch ein Schreiben angesehener Fürsten von diesem Schritte abgemahnt.²⁾ Im nächsten Jahre folgten der Landgraf von Hessen-Kassel und durch die zülischer Verwickelung gedrängt der Kurfürst von Brandenburg. Allmählich zählte die evangelische Vereinigung zwei Kurfürsten, acht Fürsten, einen Grafen und zwanzig Reichsstädte als Mitglieder. Dies verhältnismäßig rasche Wachstum war besonders der Thätigkeit des Fürsten von Anhalt zu danken; es wird kaum eine größere Unionsversammlung abgehalten worden sein, in der er nicht zu neuen Werbungen Anregung gegeben hätte. Er hatte damit freilich nicht überall Glück. Die Wetterauer Grafen waren schon 1609 um Beitritt angegangen worden; sie lehnten, ebenso wie die fränkischen Grafen, damals wie 1610 und 1615 die Aufforderung ab. Trotzdem knüpft der zähe Fürst 1617 neue Verhandlungen an³⁾ und bleibt, wie wir sehen werden, auch im Jahre 1618, immer noch in der Hoffnung sie zu gewinnen, mit ihnen in Verbindung. Die von ihrem Herzoge 1615 zum Beistande der Union aufgeforderte württembergische Ritterschaft, welche unmittelbar unter dem Kaiser stand und von diesem wiederholt zur Neutralität ermahnt wurde, wies das Gesuch in vorsichtigen Worten zurück; ebenso verweigerte 1613 Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig den Eintritt in den Bund. Dafür machte dieser, wenn man so sagen darf, eine Reihe moralischer Eroberungen. Er gewann verschiedene evangelische Staaten Norddeutschlands, mit denen er in Korrespondenz trat, und erweiterte sich somit zu einem Bunde von Korrespondierenden. Wir finden darunter den Herzog Christian von Braunschweig-Lüneburg, den Bischof August von Raseburg, die Herzöge Philipp und Philipp Julius von Pommern-Stettin, die Wetterauer Grafen, die Grafen von Lippe und Oldenburg und andere Stände des ober- und niedersächsischen, wie des westphälischen Kreises. Zunächst unterscheiden sie sich von den eigentlichen Anirten dadurch, daß sie keine Beiträge zur Unionskasse zahlten; doch nahmen sie an gewissen Beratungen der Union, die sich dann, wie 1615 zu Nürnberg, zu Korrespondenztagen erweitern, teil und mögen durch ihre versöhnlichere Haltung mitunter wohl beruhigend auf die Fassung der Bundesbeschlüsse eingewirkt haben. An Versuchen, sie ganz zur eigentlichen Union hinüberzuziehen, hat es nicht gefehlt; da sie jedoch weniger durch die Nachbarschaft der Katholiken beunruhigt und damit der Aufregung des Tages mehr entriickt waren, so zogen sie es sämtlich vor die freiere und jedenfalls weniger kostspielige Stellung als korrespondierende Stände beizubehalten. Auch ein im Unionsabschiede von 1615 auftauchender Plan, daß die evangelischen Stände des ober- und niedersächsischen, sowie des westphälischen Kreises ein besonderes Korpus, etwa unter dem Vorsitze des Herzogs Christian von Braunschweig, bilden sollten, gelangte nicht zur Verwirklichung. Das Haupthindernis für die Ausbreitung der Union in Norddeutschland bildete die vermittelnde Haltung Kursachsens in den schwebenden Streitfragen. Immer bemüht es nicht mit dem Kaiser zu verderben, streng lutherisch, ja bis zum Hasse gereizt gegen alles, was calvinisch hieß, und in der stillen Erwartung, daß die kaiserliche Gnade in Züllich oder anderswo zur Belohnung seines Verhaltens für eine Vergrößerung der sächsischen

¹⁾ Notiz des Unionspfennigmeisters Elias Ohausen vom 21. Dezember 1617, im herzoglich anhaltischen Centralarchive zu Zerbst.

²⁾ Aus Prag, 22. Juni 1610; bei Londorp I, 95. Die vornehmsten Unterzeichner waren Kurfürst Christian II. von Sachsen, Herzog Heinrich Julius von Braunschweig und Landgraf Ludwig von Hessen.

³⁾ Anhalt sandte in diesem Jahre Camerar mit der erneuten Aufforderung zum Abschlusse eines engeren Bündnisses an sie ab. Die Grafen Wolf Ernst von Hsenburg, Hans Reinhard von Hanau und Johann Albrecht von Solms antworteten, Friedberg, 27. April 1618, sie würden im Notfall, und um das bedrängte evangelische Wesen zu retten, zur Hülfleistung erbötig sein. Zerbst. Archiv.

Erblände sorgen werde, stellt sich Christian II. und womöglich noch schroffer sein Bruder Johann Georg I. allen Annäherungsversuchen der Unierten ablehnend entgegen. Will man nicht an eine bewußte Selbsttäuschung des Dresdener Hofes glauben, so muß ihm die ungeheure Spannung der religiösen Gegensätze ganz verborgen geblieben sein. Im Jahre 1608 sind die sächsischen Räte, an ihrer Spitze Kaspar von Schönberg, der Meinung, daß nicht rauhe Mittel, sondern Geduld und Bitten zum Ziele führen würden. Man dürfe dem Kaiser die hergebrachte Jurisdiktion nicht disputieren, denn imperator sei fons jurisdictionis. Was würde das doch für ein Kaiser sein, wenn er nur in zwei oder drei reservatis casibus zu urteilen hätte; und dann brauche man doch nicht gleich jedem, von dem man um den Mantel gebeten werde, denselben zu geben! Zwei Jahre später haben sich diese Anschauungen noch verschärft; 1610 erklärt Sachsen den Unierten in einem Schreiben, „das kaum ein Katholik hätte schärfer fassen können“, ¹⁾ ihr Bündnis laufe den Reichsgesetzen zuwider, es sei in der That nur errichtet worden, um den kaiserlichen Befehlen nicht Folge zu leisten und die katholischen Stände gewaltsam heimzusuchen.²⁾ Von bössartigen Ratschlägen der Katholiken sei ihm nichts bekannt, vielmehr wären alle katholischen Fürsten mit dem Kaiser bereit, den Religions- und Landfrieden fest zu halten. Unter diesen Umständen war es nicht besonders auffällig, daß Sachsen, die Wiege und der Hort des Luthertums, 1612 von Mainz die demütigende Einladung erhielt, zum Schutze der von der Union bedrohten Reichsverfassung und des Land- und Religionsfriedens der katholischen Liga beizutreten und sich an einer Gesandtschaft zu beteiligen, welche die katholischen Mächte des Auslandes für den Bund gewinnen sollte. Auch später blieb der alte Widerwille in Dresden gegen alles, was von Heidelberg und Amberg kam, und die alte Vertrauenslosigkeit unverändert. Durch dergleichen Uniones, schreibt der sächsische Rat Gerstenberger 1614, werde dem magistratui das Schwert aus der Hand gewunden, und wenn der Papst und die Spanier einige Mann aufbringen könnten, so würden sie den Rheißl und seinen Anhang mit Ungarn, Österreich und Böhmen nicht dergestalt im Stich gelassen haben. Das wurde in demselben Jahre geäußert, in dem Spinola mit spanischen Truppen die Städte Aachen, Mülheim und Wesel besetzte! Selbst als zwei Jahre darauf das bekannte Gutachten des Erzherzogs Maximilian, das die Ziele der habsburgischen Politik ganz unverhüllt darlegte, „durch sonderliche Schickung Gottes wunderbarer Weis in kurpfälzische Hände gebracht“ wurde, raffte sich Sachsen nur zu der Forderung eines Kompositionstages auf, von dem es bisher nichts hatte wissen wollen. Bald fiel es aber, durch kleine Aufmerksamkeiten und beschwichtigende Erklärungen des Kaiserhofs beruhigt, wieder in die vorige selbstgefällige Teilnahmlosigkeit zurück. Dieselbe wirkte für die Union vornehmlich deshalb so ungünstig, weil sie andere evangelische norddeutsche Stände zur Neutralität bewog und die seitens der Union schon früh angestrebte Vereinigung aller deutschen Protestanten verhinderte.

Die allgemeine Weltlage brachte es mit sich, daß bald nach der Gründung des evangelischen Bundes nicht nur die Heranziehung deutscher Glaubensgenossen, sondern auch die Verbindung mit befreundeten Fürsten des Auslandes im Auge behalten wurde. Den nicht unbedeutenden Erfolg, den die Unierten in der Füllicher Erbschaftsfrage errungen, verdankten sie zumeist der französischen Hilfe; als nach Heinrichs IV. Ermordung ein Umschwung der Politik Frankreichs eintrat, sahen sie sich nach anderen Bundesgenossen um. Bereits im August 1608 war der württembergische Rat Benjamin von Buvinkhausen nach England abgereist. König Jacob empfing ihn sehr freundlich; zwei volle Stunden unterhielt er sich ohne Zeugen mit dem Unionsgesandten und versicherte ihm, die ganze Zeit seiner Regierung habe ihn nichts so erfreut als diese Nachricht. Er erklärte sich bereit, andere Fürsten durch seine Autorität zu freundlichen Gesinnungen für die Union zu vermögen und stellte auch seine eigene Freundschaft den Bundesangehörigen mit herzlichen Worten in Aussicht. Im Jahre 1610 verriet er die Neigung in den Bund einzutreten, und es wurde im Monat September unter den hervorragenderen Unionsmitgliedern vielfach über den Entwurf zu einem Bündnisse mit England verhandelt. Wie ernst es diese Politiker meinten, ersieht man aus dem Vorschlage von Enlbach, daß man dem Könige nur dann zur Hilfe verpflichtet sein solle, wenn er im eigenen Lande angegriffen werde. Während des Rothenburger Tages (August 1611) unterhandelte man aufs neue über den Eintritt von England und Holland, und im März 1612 wurde zu Wesel wirklich ein Bundesvertrag mit England abgeschlossen. Die Vermählung Friedrichs V. mit der Tochter Jacobs knüpfte im folgenden Jahre die Beziehungen noch fester, wenngleich einsichtigen Unionspolitikern die Schwäche der englischen Staatskunst und die Hineigung Jacobs zu Spanien nicht verborgen blieb. Das Jahr 1613 brachte den Abschluß eines Bundesvertrages mit den Generalstaaten; auch mit Schweden und Dänemark wurden Verbindungen unterhalten.

Von weit größerem Einfluß auf die Zukunft des evangelischen Bundes mußte indes ein Heranziehen der glaubensverwandten österreichischen Provinzen werden; dann hätte sich die Union wie ein Keil zwischen die Ländermassen der Habsburger hineingezwängt und hätte ihre Hand bei allen unausbleiblichen inneren Streitigkeiten im Spiele gehabt. Es war natürlich, daß ein so weitausschauender Politiker wie Christian von Anhalt dies Ziel schon früh zu erreichen

¹⁾ Worte Sentenbergs XXIII, 288.

²⁾ Über Sachsens Bestrebungen, auf dem Nürnberger Kollegialtage von 1611 im Bunde mit Mainz die Auflösung der Union herbeizuführen, berichtet Kohl, die Politik Kurpfalzens während des Interregnums von 1612, 48.

strebte. Im April 1609 richtete er einen Brief, der sich sehr eingehend „und nicht eben freundlich“ mit dem Donauwörther Handel befaßte, an den wunderlichen, mitunter in auffälligen Gegensatz zu Osterreich und Baiern tretenden Erz-bischof von Salzburg.¹⁾ Der Unionstag von Schwäbisch-Hall stellte im Mai desselben Jahres in Anhalts Ermessen, wie weit er bei seiner Gesandtschaft zu Kaiser Rudolf II. in Bezug auf gegenseitige Korrespondenz und Eindringen in die Absichten der böhmischen Stände gehen wolle. In Prag verkehrte er eifrig mit den Häuptern der ständisch-protestantischen Opposition, um sie „beherzter“ zu machen; mit seinem Vertrauten Wolf von Rosenberg schmiedete er Pläne für den Eintritt Böhmens in die Union, er sah sich im Geiste als Generalobersten der böhmischen Stände, seinen Kurfürsten als Reichsvikar an Rudolfs Stelle. Selbst nicht unmittelbar beteiligte fremde Diplomaten vermuteten richtig, daß die namentlich in Beibehaltung der erworbenen, bei Anhalts Ankunft schon in der Abdankung begriffenen Söldner bestehende Hartnäckigkeit der Böhmen vom Reiche aus genährt wurde.²⁾ In Verbindung mit dem pfälzischen Räte Camerarius wandte sich der Fürst dann an Budowec, den einflußreichen Wortführer der protestantischen Böhmen, und suchte sie wie die gleichzeitig zu Prag anwesenden Vertreter der schlesischen Stände zum Eintritt in die Union zu bewegen. Die letzteren verstanden sich aber nur zur Anknüpfung guter Korrespondenz — als Vermittler dazu wird der Markgraf Johann Georg von Jägerndorf genannt — und die auf die Erlangung des Majestätsbriefs und den Sieg über den Kaiser stolzen böhmischen Barone hielten sich in vornehmer Absonderung. Ohne Rudolf II. aufs äußerste zu reizen, erklärten sie, könne man die Gelegenheit diesmal nicht vor den Landtag bringen. Anhalt scheint während seiner Anwesenheit zu Prag überhaupt vielfach über das Ziel hinausgeschossen zu haben. Als er dem Kaiser vorstellte, daß die Union nur zu dem Zwecke gegründet worden sei, um ihn gegen die Nachstellungen seiner Brüder zu schützen, da fand selbst „die gestörte Denkfraft“ eines Rudolf heraus, daß es dem Fürsten vor allem darauf ankomme, ihn zu überlisten.³⁾ Wie es scheint, hat Anhalt damals auch Verbindungen mit dem Gegner Rudolfs, dem Erzherzoge Matthias, angeknüpft; der Gesandte des letzteren berichtet, „es sei ein guter Anfang zur Verbindung mit der Union gemacht worden.“ Wahrscheinlich hat diese diplomatische Vielseitigkeit Anhalts den Böhmen selbst wenig gefallen, denn sein Gesuch um das Incolat in Böhmen wurde ihm so ausgelegt, als trachte er selbst nach der böhmischen Krone, und der von ihm gegen das Ende des Jahres 1609 betriebenen Konföderation aller protestantischen Länder Osterreichs und ihrem Gesamteintritt in die Union versagten die Aufgeförderten auch jetzt ihre Zustimmung. Man darf nicht glauben, daß diese Mißerfolge den Fürsten besonders abgesehen hätten; er verstand zu warten und hoffte auf bessere Zeiten. Und es schien, als wenn ihm die Zukunft Recht geben wollte. Der auf Rudolfs Betreiben ins Werk gesetzte Einfall des Passauer Kriegsvolks führte die protestantischen Osterreichler 1611 von selbst zur Wiederannäherung an die Pläne Anhalts; an seiner Stelle hat damals Markgraf Joachim Ernst von Ansbach die Verhandlungen geführt. Daß sie scheiterten, lag einmal an dem Zaudern der Unierten, aktiv in diese böhmischen Handel einzugreifen, und dann an der Schnelligkeit, womit Matthias herbeieilte und seinem Bruder nun auch die böhmische Krone entwand. Dafür warf sich der gekränkte, von allen Parteien verlassene und vertratene Kaiser jetzt seinerseits der Union in die Arme. „Das Unerhörte geschieht; er, der jahrelang den Nuntius und den spanischen Gesandten nicht empfangen hatte, hält fast täglich mit dem Markgrafen von Ansbach Konferenzen.“ Von der Union allein hofft er noch Rettung. Schon fürchtet seine Umgebung des Kaisers Übertritt zum Protestantismus, schon steht der Wagen bereit, der ihn aus Prag ins Reich führen soll. Da vereitelt Rudolfs plötzlicher Tod auch diese günstige Aussicht für die Unierten, und wenn auch Anhalt auf den Bundesversammlungen, z. B. 1614 in Heilbronn,⁴⁾ 1615 in Nürnberg,⁵⁾ immer wieder auf Mittel sinnt, um die Verbindung mit den Böhmen ins Werk zu setzen, so ist doch der Faden zerrissen. Man hat den Böhmen seitens der Union später vorgeworfen, daß sie aus Verblendung und Hochmut sich viele Jahre abgefordert gehalten hätten, und gewiß ist die kalte Auffassung, womit viele Unionsmitglieder der böhmischen Verwicklung von 1618 gegenüberstehen, mit auf diesen Umstand zurückzuführen.

Wer die Anfänge des evangelischen Bundes verfolgt, gewahrt zahllose Ansätze und Keime für die Zukunft, aber — mochte dies eigne Schuld seiner Glieder oder eine verhängnisvolle Ungunst der Verhältnisse herbeiführen — selten erwächst aus ihnen eine reife, unverkümmernte Frucht. Nach Rudolfs Tode wirkte die Union offen für die Wahl des Matthias, der schon 1611 in den kirchenpolitischen Fragen die Hand zu einem Ausgleich zwischen den protestantischen und katholischen Ständen geboten, sich im folgenden Jahre vor seiner Wahl mit der Union verglichen und ihre (nach der Versicherung des Kurfürsten von Mainz unmöglichen) Forderungen bewilligt hatte. Die Zukunft hatte dann gelehrt, wie trügerisch alle auf ihn gebauten Hoffnungen gewesen waren. Was dabei verloren worden, mußte wenn irgend möglich auf dem Reichstage von 1613 wiedergewonnen werden. Um seine Bedeutung für die Union hervorzuheben, ist es notwendig kurz auf die Hauptbeschwerden der Protestanten einzugehen.

¹⁾ Mayr-Deisinger, Wolf Dietrich von Raitenau, 108.

²⁾ Chlumecy, Zierotin, 596.

³⁾ Gindely, Rudolf II., II 13 und 29.

⁴⁾ Spieß, in dem Verzeichnis der Unionsabschiede: Heilbronn, 26. September, I, 93.

⁵⁾ Gindely, dreißigjähr. Krieg I, 186.

Die Reichskammergerichtsordnung von 1495 hatte die Zahl der Beisitzer (außer dem Kammerichter) auf 16 festgesetzt, die von 1555 erhöhte sie auf 24 und bestimmte ausdrücklich die Zulassung beider Bekenntnisse. Der Augsburger Reichstagsabschied von 1566 fügte dem Bestande des Kollegiums abermals acht Beisitzer hinzu, und wenn auch die Ernennung dieser 32 Mitglieder in bestimmt geordneter Weise durch den Kaiser, die Kurfürsten und die Kreise zu erfolgen hatte, so war doch nach der Behauptung der Protestanten die Gleichheit innerhalb der Körperschaft so wenig gewahrt worden, daß die Zahl der Evangelischen allmählich auf elf oder zwölf zusammengeschmolzen war.¹⁾ Nach dem Tode Rudolfs II. hatte der Präsident des Kammergerichts, ein Graf von Hohenzollern, dem Herkommen nach auf sein Amt verzichtet. Schon war seine Gemahlin mit den Diensthöfen abgereist, seine Wohnung gekündigt und das Abschiedsmahl gefeiert, auch der neue während des protestantischen Vikariats ernannte (und wahrscheinlich evangelische) Präsident Heinrich Schenk von Limburg den Räten vorgestellt worden, da ließ sich der Graf von Hohenzollern in letzter Stunde von den Katholiken bestimmen, das Präsidium abermals zu übernehmen, „und der von Limburg wurde mit geringem Schimpf und Verkleinerung des heiligen Reichs Vikariats abgewiesen.“²⁾ Trotzdem würden sich die Protestanten im großen und ganzen mit der Zusammensetzung des Kammergerichts, wie sie nun einmal war, zufrieden gegeben haben, wenn der Bereich seiner Jurisdiktion genau festgestellt gewesen wäre. Dies war aber nicht der Fall, und der 1501 eingefetzte und 1559 von Ferdinand I. revidierte Reichshofrat übte zum größten Mißvergütigen fast aller Protestanten im Reiche eine mit dem Kammergericht konkurrierende Gerichtsbarkeit aus. Der Reichshofrat war fast ausschließlich mit Katholiken besetzt, „es nisteten sich in diesem Kollegium Persönlichkeiten von geringer Zuverlässigkeit ein, bei denen nichts ohne Geschenke, und zwar ansehnliche, zu erreichen war.“³⁾ Denn die Bezahlung durch den Kaiser war unregelmäßig, mit den Befoldungen wurde von Mittelspersonen eine Art Wucher getrieben. „Solch Kollegium, da summum imperii tribunal und justitiae officina sein soll und welches über der Kur-Fürsten- und Stände Leib, Ehr und Gut zu judicieren sich anmaßt, ist dermaßen ungleich bestellt, auch wird darinnen so seltsam procediert, daß es tempore Rudolphi noch leidlicher gewest. Die Personen selbst sind teils junge, unerfahrene und der Rechte nicht geübte, teils der evangelischen Religion gehässige Leute, wie denn die Religion fast für die vornehmste Qualität diesorts gehalten wird, als das frische Exempel mit dem abgefallenen jungen Herrn von Pappenheim bezeigen thut, welcher Alters und Experiens halber mit geringem Nutzen und Reputation vertreten kann. Der mehrere (Teil) der Reichshofräte, sonderlich die evangelischen, deren doch die wenigsten, werden ihrer Befoldung mit kontentiert, daher sie malkontent und wieder hinwegtrachten. Keine Ordnung, keine Gleichheit weder in Erteilung der Prozeß, noch in relationibus et decisionibus causarum wird gehalten; man hat auch wohl Religionsfachen vorgenommen, da nur ein einziger Evangelischer dabeigesessen, über dieses, so werden die Justizfachen vom Reichshofrat vor den geheimen Rat (des Kaisers) gezogen.“⁴⁾ Deshalb fordern die Protestanten unaufhörlich eine bessere Besetzung dieses Gerichts mit unparteiischen, im Reiche angefahrenen tauglichen Personen von beiden Bekenntnissen; deshalb verlangen sie auf dem Reichstage von 1613 eine unter Zuziehung der Evangelischen zu bewirkende Feststellung der Kompetenz dieses Gerichtshofes, der sich eine unbeschränkte Macht in allen Justiz- und Religionsfachen anmasse, während sich der Kaiser doch ursprünglich nur eine Gerichtsbarkeit zur Zu- und Absprechung unmittelbarer Reichslehen vorbehalten, alle übrigen Rechtsangelegenheiten aber dem Kammergerichte überwiesen habe. Sie waren im Gegensaße zu der katholischen Auffassung der Meinung, daß die Kammergerichtsordnung von 1555 bestimmt habe, in welchen Fällen der Kaiser selbst richten und was vor das Kammergericht gehören solle. Bis zu einem gewissen Grade sind auch nicht unierte protestantische Stände, wie Sachsen und Hessen, von der Reformbedürftigkeit des Reichshofrates überzeugt. Der Kurfürst von Köln erklärte 1610, daß der Wirkungskreis für die beiden obersten Gerichtshöfe des Reichs genau abgegrenzt werden müsse. Die Unierten gingen in ihren Forderungen weiter. Brandenburg verlangte, 1613 eine durchgreifende Verbesserung des Hofrates, der Administrator der Kurpfalz sogar eine ganz neue Verfassung desselben; beide Vorschläge wurzeln in der Vorstellung, daß das Kurfürstenkollegium die Reform selbst in die Hand nehmen und die Gleichberechtigung beider Konfessionen in der Besetzung der Ratsstellen gewahrt

¹⁾ Um die Zeit, wo über die Vierklosterfachen geurteilt wurde, bestanden die Senate des Kammergerichts noch überwiegend aus Protestanten; gleichwohl fielen die Urteile in allen Prozessen zu Gunsten der klagenden Katholiken aus, v. Egloffstein a. a. D. 11. Dagegen versichern die evangelischen Unterthanen des Bistums Bamberg im Jahre 1612, „daß der evangelischen Beisitzer am Kammergerichte sehr wenige, so von den andern widriger Religion weit überstimmt werden“, Kohl a. a. D. 38. Bei den Beratungen des Nürnberger Unionstages von 1615 hieß es, von den protestantischen Beisitzern des Kammergerichts werde einer nach dem andern durch allerhand Verdruß zum Abdanten gebracht.

²⁾ In des älteren Senkenberg Sammlung von ungedruckten und raren Schriften II, 162.

³⁾ Rante VII 210.

⁴⁾ Aus der handschriftlichen Relation Camerars vom 12. März 1617 über seine Reise an den Prager Hof im Zerbfier Archive. Camerar verbreitet sich ausführlich über die Thätigkeit des Reichshofrates, z. B. auch in der Mindelheimer Sache; seine Nachrichten erhielt er von den Doktoren Ahim und Wader. Vom Reichshofrat Hegenmüller erzählt er, daß derselbe eine Kreatur des Kardinals sei, bei diesem gewöhnlich des Abends zu speisen pflege und ihm alles, was im Reichshofrate vorgegangen, zutrage.

bleiben müsse. Die geistlichen Kurfürsten stimmten gegen beides, und Sachsen nahm wie immer eine vermittelnde Stellung ein; es war für Gleichberechtigung der Bekenntnisse, wollte aber die Hauptsache, die Entscheidung über die Besetzung der Stellen, dem Kaiser überlassen, dessen Hoheit man nicht zu nahe treten dürfe.

Einen anderen wichtigen Punkt unter den Beschwerden der Evangelischen bildete die Frage, wie weit die Mehrheit der Stimmen innerhalb der Kollegien des Reichstages für die Minderheit verpflichtend sei. Während, so behaupten sie, auf dem Reichstage von 1603 die katholische Majorität des Fürstenrates in puncto justitias und allen den Religionsfrieden betreffenden Sachen sich in kein Votieren einzulassen unterstanden, sondern ihre Meinung den protestantischen Ständen „ex uno ore“ vorgetragen habe, gerade so wie es der Passauer Vertrag und der Religionsfriede vorschreibe, sei der Regensburger Tag von 1608 durch die entgegengesetzte Haltung der katholischen Majorität im Fürstenrate ohne Resultat geblieben. In noch stärkerem Maße stand man 1613 derselben Angelegenheit gegenüber. Wiederum handelte es sich um die Entscheidung darüber, ob die protestantischen Bistümer Sitz und Stimme im Fürstenrate erhalten sollten. Mit unerschütterlicher Festigkeit hielten vornehmlich auf Betrieb des Herzogs von Baiern die Katholiken an ihrer Ansicht fest; im Kurfürstenkollegium, bemerkte Maximilian, herrsche Stimmengleichheit, innerhalb der Reichsstädte sei die Majorität evangelisch. Würden die Katholiken nun in der Frage der protestantischen Bistümer nachgeben, so müsse den Gegnern auch die Mehrheit im Fürstenrate zufallen, und damit sei das Verderben der deutschen Katholiken für alle Zukunft besiegelt. Bei dieser Sachlage trennten sich die Protestanten abermals, und diesmal auch bei der Bewilligung der Türkensteuer, von den übrigen Reichsständen. Sie äußerten, sie würden sich nicht von der Majorität in den Beutel votieren lassen; der andere Teil könne nicht Gegner und Richter zugleich sein, auch sei es in keinem Reichsgesetze bestimmt, daß die Mehrheit der Stimmen in allen Ständen entscheiden solle. Die Gegensätze in religiöser und, wie es damals war, damit auch in politischer Hinsicht standen sich in einer Schroffheit gegenüber, die kaum mehr überwunden werden konnte. Eines Tages überreichten die Protestanten dem Reichsvizekanzler von Ulm eine schriftliche Vorstellung für den Kaiser; dabei fiel das harmlose Wort: Unsere Kommittenten. Da fuhr der Vizekanzler gereizt auf und fragte „mit harter Stimme“, was das für ein Wort sei, ob ein englisches oder ein niederländisches? In summa, heißt es in einer unterm 20. September 1613 dem Kaiser aus der Kanzlei des Mainzer Erzbischofs überreichten Denkschrift der katholischen Stände, in geistlichen und weltlichen Sachen sollen keine majora vota, sondern allein der Korrespondierenden Mutwill gelten und muß eine neue unerhörte forma regnandi aus Calvini Lehr und Schulen im Reich angestellt werden. Noch einmal erschienen die Unierten in letzter Stunde zu den Beratungen des Fürstenkollegiums; da sie jedoch auch jetzt kein Gehör für ihre Vorschläge fanden, so entfernten sie sich mit einer Protestation, „um dem unerträglichen Joche zu entgehen,“ aufs neue.

Sieht man näher zu, so findet sich — und das ist von besonderem Reiz — daß trotz dieser heftigen Zerwürfnisse doch niemand das ernste Verlangen hatte, die uralte Verfassung des Reiches gewaltsam zu sprengen. Graf Wittgenstein, das Haupt der pfälzer Gesandtschaft, hoffte von seiner zeitigen Abreise, die doch den Regensburger Reichstag von 1608 thatsächlich unwirksam gemacht hatte, nur, daß sich daraus unlängst ein besserer Effekt erzeigen würde und die Geistlichen sich wegen des Religionsfriedens und der Klostersachen wohl akkommodieren sollten. „Die von Kurpfalz geleitete protestantische Bewegungspartei,“ sagt ein neuerer Bearbeiter jener Zeit, „ging seit der Mitte des 16. Jahrhunderts immer entschiedener darauf aus, den Zusammenhalt des Reiches völlig zu lösen. Bewußt waren ihr indes die notwendigen Folgen ihres Strebens nicht. Sie meinten auch bei der maßlosen Geltendmachung der territorialen Ansprüche das Reich und sich als Glieder desselben erhalten zu können.“¹⁾ Noch in Regensburg taucht der Vorschlag eines Kompositionstages auf, bei dem die Beschwerden der Protestanten über die Vergewaltigung Donauwörth, die mangelhafte Thätigkeit des Reichshofrates u. a. untersucht werden sollten; nicht nur Mitglieder der Union, sondern auch andere einsichtige Männer wie Geizkoffler stimmten dem Vorschlage zu, ja Erzherzog Maximilian stellte im Namen des Kaisers in Aussicht, daß er schon am 1. Februar 1614 in Speier eröffnet werden könne. Da aber bald darauf am kaiserlichen Hofe wieder die Partei „der Brausköpfe“ die Oberhand gewann, so zog man dort vor, die Beschwerden durch einen Ausschuß der Fürsten und Kurfürsten prüfen zu lassen; man hoffte dabei in Wien gewiß auf die Zustimmung Sachsens. Dieser Plan scheiterte an dem Widerspruche der Heidelberger Diplomaten, die angeblich den übrigen Reichsständen in dieser Frage nichts vergeben, in Wahrheit aber sich nicht überstimmen und als die alleinigen Friedensstörer Deutschlands hinstellen lassen wollten. Mainz, dem der Kompositionstag wie allen eifrigen Katholiken ein Dorn im Auge war, machte nunmehr den Vorschlag, es möchten sämtliche Kurfürsten ihre Gesandten etwa vier Wochen vor dem ausgeschriebenen Termine zum Reichstage nach Regensburg schicken, wo sie der Beschwerden halber eine Vorberatung halten könnten. Nahm man diesen Vorschlag in Heidelberg an, so stand zu erwarten, daß die vier Wochen mit Formberatungen und allerlei Einwänden bis zum Zusammentritte des Reichstages verschleppt werden würden; der Kaiser hätte dann wohl seinen guten Willen gezeigt, aber alles wäre beim Alten geblieben. Der Kurfürst wies deshalb das An-

¹⁾ Mayr-Deisinger a. a. O. 65. Die Worte Wittgensteins bei v. Egloffstein 95.

erbieten von Mainz auch in dieser Form zurück. Wie gereizt die Mitglieder der Union durch diese Verschleppungspolitik des Kaisers wurden, bewiesen die Verhandlungen des Nürnberger Korrespondenztages von 1615. Man habe, hieß es da, in der Hoffnung auf den Kompositions- und den darauf folgenden Reichstag und um keinen Verdacht zu erwecken, nicht einmal Zusammenkünfte gehalten. Württemberg verlangte, man solle dem Kaiser schreiben, daß die Unierten den in Aussicht genommenen Reichstag nicht besuchen würden, falls er die gewaffneten executiones nicht einstelle. Zuletzt einigte man sich für den Abschied über folgende Wendung: „Um des Respekts willen, den man der kaiserlichen Majestät schuldig,“ solle ein Schreiben an den kaiserlichen Hof gesandt werden, damit vor dem zum 1. September 1615 prorogierten Reichstage der so oft vertröstete Kompositionstag zur Wiederbringung des lieben Friedens endlich abgehalten werde. Matthias war in schlimmer Lage; die Unierten verweigerten die Zahlung der ihm auf dem letzten Reichstage verwilligten dreißig Römermonate, weil sie Regensburg vor Schluß der Versammlung verlassen hatten und der Abschied ohne ihr Zuthun zustande gekommen war. Der Kaiser wandte sich in seiner Not an die Kreise, aber auch diese vertrösteten ihn auf den Kompositionstag. So oft er der einen Partei in etwas entgegenkommt, erregt er den Groll der anderen; er erließ z. B. 1614 eine neue Reichshofratsordnung, aber sie ist nie zur Anwendung gekommen. Es ging im Gegenteile ganz in der hergebrachten Art weiter. Mainz weigerte sich Appellationen gegen Urteile des Reichshofrates entgegenzunehmen. Ein Notar, der eine derartige Berufung überreichte, wurde „mit Unehren seines Amtes entsetzt, der eine Zeuge, eine graduierte Person, mit Gefängnis bestraft.“ Christian von Anhalt war zur Betreibung des Kompositionstages persönlich nach Innsbruck zu Erzherzog Maximilian gereist. Dort mußte er zu seinem größten Erstaunen erfahren, „daß man sich in nichts einlassen könne, um sich nicht die Ungnade des Kaisers zuzuziehen, der keinen Kompositions-, sondern einen Kurfürstentag haben, auch diesem selbst beiwohnen wolle.“ Wenn diese Anschauung vielleicht nicht ganz mit den Wünschen des Kardinals Khlesl zusammenhing, so entsprach sie um so mehr der Gesinnung der durch die Erzherzöge Maximilian und Ferdinand vertretenen extremen Partei des Kaiserhofes. „Damit die christlichen Könige und Potentaten eigentlich wahrnehmen, zu was Ende sie auf die so hoch gerühmte Komposition so steif dringen, so soll augenscheinlich dargethan werden fürs erste, daß die Korrespondierenden durch diesen vergifteten Honig der Komposition nichts anderes suchen, als den Kaiser aller Gewalt und Jurisdiktion zu entsetzen, fürs andere, die Justiz zu untergraben, fürs dritte, die katholische Religion samt denen, so derselbigen zugethan sind, aus dem Reiche zu vertreiben, fürs vierte, des hochlöblichen Hauses Osterreich, als ihres Hauptwiderfachers, Untergang zu stiften.“ Wenn der Kaiser, bemerkte Maximilian von Baiern, in Bezug auf seine Gerichtsbarkeit das Mindeste nachgebe, so werde die Stimmenmehrheit im Fürstentage bald nichts mehr bedeuten, dann werde der Eckstein fallen, auf dem das ganze Gebäude beruhe. Bald ging man auf dieser Seite noch einen Schritt weiter. Erzherzog Maximilian besuchte im Jahre 1616 seinen Bruder Albert in Brüssel; auf der Rückreise besprach er sich mit den geistlichen Kurfürsten. Sie kamen überein, den Kurfürstentag nicht wegen der Aussöhnung, sondern nur wegen der Nachfolge zu halten.¹⁾ Unter solchen Umständen war es natürlich mit dem Versuche einer Ausgleichung, wie ihn sich die Unierten, etwa nach dem Muster des Passauer Vertrages, gedacht haben mochten, für jetzt vorbei.

Das war also das Resultat, als die Union trotz kaiserlichen Auflösungsbefehls im April 1617 an die Erneuerung ihres Bundes auf drei Jahre ging: Donauwörth war nicht zurückgegeben worden, aber in verschiedenen Reichsstädten an beiden Ufern des Rheins standen spanische Besagungen; die Mehrheitsbeschlüsse der Katholiken waren 1613 ebensowenig verhindert worden wie 1608, und mit vieler Folgerichtigkeit hielt die kaiserliche Politik die protestantischen Gegner nach wie vor auseinander, schob damit den Ausgleich in weite Ferne und suchte um jeden Preis die Wahl des unduldsamen Erzherzogs Ferdinand zum Nachfolger des Matthias durchzusetzen. Fürwahr ein bescheidenes Ergebnis für neunjährige Mühen und Kämpfe! Und was das Schlimmste war, die nächste Zukunft versprach nicht viel Besseres. Zwar wurde die Union mit Großbritannien und Holland 1617 erneuert, und mit Savoyen waren schon im vorigen Jahre

¹⁾ „Und damit Ew. Churfürstliche Gnaden ein sonderlich Exempel sehen mögen, wie man mit vielgedachtem Kompositionswerk umgehe und spiele, so hat Erzherzog Maximilian sich gegen eine vornehme evangelische Person zu Prag, die Ew. Churf. Gn. ich nennen will, unlängst rund vernehmen lassen, obwohl Ihre Durchlaucht es damit zu Regensburg gut gemeint und dabei gern das Ihre gethan hätten, daß sie jedoch von den kaiserlichen Räten darwieder in viel Wege traversiert und daran verhindert worden wären, müßten sie sich auch dergleichen noch besorgen, wann sie gleich weiter sich der Sachen annehmen und dazu gebrauchen lassen wollten. Hingegen, wie Ew. Churf. Gnaden aus meiner Partikular-Relation verstanden, hat mir der Cardinal (Khlesl) jüngsthin den 18. Februarii (1617) zu Prag nicht obscuro zu verstehen gegeben, als ob es Ihrer Durchlaucht zu Regensburg kein rechter Ernst damit gewest, obwohl er der Cardinal, (es) gern gesehen und zur Beförderung an sich nichts erwinden lassen, und vermeldet er, der Cardinal, mir dabei, weil Erzherzog Maximilian zu Erzherzogen Alberto nach Brüssel und den geistlichen Churfürsten gezogen, sollten Ihre Durchlaucht billig darauf auch zu Ew. Churf. Gnaden und anderen evangelischen Fürsten ziehen und also bei denselben wieder gut machen, was sie durch Dero bewußtes Bedenken verderbt hätten, welches sie thun könnten, wann sie ihres Theils im Werk leisteten und erwiesen, was sie zu Regensburg den evangelischen Ständegeandten der Komposition halber vertröstet hätten.“ Aus dem oben erwähnten ungedruckten Berichte Camerars im Zerbst'schen Archive. Es würde sich lohnen, den verschlungenen Pfaden, die Erzherzog Maximilian in jenen Tagen wandelte, in einer Sonderuntersuchung nachzugehen; sie müßte an Gindely I 8 fg. anknüpfen.

vertrauliche Beziehungen angeknüpft worden.¹⁾ Aber was wollten alle diese Wechsel auf die Zukunft gegenüber den Zuständen im Schoße der Union selbst besagen. Pfalz-Neuburg verweigerte seit Wolfgang Wilhelms Übertritt zum Katholizismus die Zahlung der Bundesbeiträge, und das gleichfalls mit ungeheuren Resten im Schuldbuche der Union stehende Brandenburg benahm sich so seltsam, daß in einem Nebenabschiede zu Heilbronn der Fall einer gänzlichen Absonderung dieses Standes ins Auge gefaßt wurde. Einen besonderen Groll scheint der Fürst von Anhalt gegen die Städte gehegt zu haben. Diese meist lutherischen Mitglieder der Union gaben ihm durch ihre mißtrauische Haltung vielfachen Grund zu Klagen. Sie beschwerten sich z. B. 1611 in Schwäbisch-Hall über den ohne ihren Willen veranstalteten elsässischen Zug, über mangelhafte Rechnungslegung wegen der von ihnen geleisteten Vorschüsse, sie wollten weder von neuen Rüstungen, noch von neuen Zahlungen wissen. Bei dem Abschlusse des Bündnisses von 1613 zwischen der Union und den Generalstaaten „waren die bei der Union befindlichen Städte nicht dahin zu bringen an dieser Verbindung teilzunehmen“; erst am 5. Oktober 1615 traten sie auf der Zusammenkunft zu Eßlingen dem Bunde bei. Es herrschte in den Städten Mißtrauen gegen den Calvinismus und besonders gegen den Adel. „Will man in die Union treten, so ist außer Zweifel, daß man bald die Waffen wird ergreifen müssen, die Direktion aber des ganzen Kriegswesens werden Fürsten, Grafen und Herren vom Adel auf sich nehmen; wir für unsre Portion werden Geld herbeschaffen und noch wohl anderen fürleihen müssen, auf dem Unrigen wird man die Quartier, aus unsern Truhen die Besoldungen, aus unseren Kornkassen die Proviant nehmen, denn der Herr weiß wohl, was der Gebrauch ist.“ Den Städten, die nicht einen Tritt vor das Thor thun könnten, ohne auf die Gebiete beider Religionsparteien zu stoßen, gezieme Neutralität. „Werden nicht unsere Bürger schon kleinmütig, wenn sie von einer bösen Frankfurter Messe hören?“ Was werde dann geschehen, wenn alles drunter und drüber gehe? Den Städten könne nicht einmal ein siegreicher Kampf der Union von Nutzen sein; wer aber würde die Städte, die ihre Freiheit allein vom Kaiser hätten, für den Fall einer Niederlage beschützen? Die unter sich verwandten Fürsten würden die Schuld auf ihre Räte legen und sich rasch wieder mit einander vertragen, die „Bauern“ aber oder, wenn es hoch komme, die „Geschlechter“ in den Städten würden die Zechen bezahlen müssen.²⁾ Wie der unbekannt Verfasser dieser Aussprüche, so dachten damals in den Städten unzweifelhaft sehr viele andere. Man darf daraus nicht schließen, daß es den zur Union gehörenden Städten etwa an Stoff zu Klagen gefehlt habe. Im Gegenteil! Auf dem im Juni 1616 zu Ulm abgehaltenen Städtetage wurde beschlossen, daß Straßburg und Speier Gesandte an Pfalz, Nürnberg und Ulm solche im Namen der gesamten freien evangelischen Städte mit der Bitte an Sachsen abschicken sollten, den verträglichsten Kompositionstag neben schleuniger Administration der unparteiischen Justitia zu befördern. In der Instruktion an den Gesandten nach Dresden befindet sich eine lange Aufzählung von Beschwerden über die Vergewaltigung der evangelischen Städte durch die katholische Partei; sehr ausführlich wird darin erzählt, wie vierzehn namentlich aufgeführte Städte durch Einquartierung fremder Truppen, durch ungewöhnliche Prozessionen, Unterdrückung der freien Ratswahl zu gunsten der katholischen Minoritäten innerhalb der Bürgerschaft, durch Eingriffe in die Jurisdiktion u. a. aufs schwerste geschädigt worden seien.³⁾ Wenn die Städte gleichwohl immer ein Hindernis für die hochfliegenden Pläne Anhalts und seiner Freunde bildeten,⁴⁾ so trug daran nicht nur ihr Mißtrauen gegen die Sonderabsichten der Fürsten, sondern auch die Scheu vor Ausgaben, die dem Vorteile der Städte nicht zu gute kamen, und die Furcht vor Schädigung ihres Handels durch kriegerische Verwickelungen die Schuld. Als der Markgraf von Baden im Juli 1610 einmal die Wendung gebrauchte, die Fürsten wollten die Städte gegenüber dem Kaiser schützen, so lehnte dies der Nürnberger Gesandte Held mit den Worten ab: Wenn der Kaiser im ganzen Römischen Reiche erkläre, daß die Nürnberger all' ihrer Güter und Schuldforderungen verlustig seien, so könne kein Fürst ihnen helfen. Und wenn dies geschehen, hätte man auch in der Stadt einer Empörung zu erwarten; das hieße alsdann libertatem, religionem und die commercia zugleich verlieren.

Diese vorsichtige Haltung der Städte, die kleinlichen Eifersüchteleien der Fürsten, von denen einer dem andern nicht den geringsten Vorteil gönnte,⁵⁾ die vielen Mißerfolge der Unionspläne,⁶⁾ das alles mochte zusammenwirken, um

¹⁾ Erdmannsbürfer, Karl Emanuel von Savoyen 96. In einem Schreiben des Herzogtums Archiv vom 2. Juni 1617 wird Karl Emanuel „il cervellino volubile di Savoya“ genannt.

²⁾ Bedenken eines Rats Herrn zu Nürnberg, König Staatsconsilia 837.

³⁾ Württemberg'sche Vierteljahrschrift XI 189.

⁴⁾ Wir werden in den weiteren Teilen dieser Abhandlung sehen, wie sehr der Groll Fürst Christians gegen die Städte im nächsten Jahre wuchs, und wie er nach ihrer Haltung auf dem Rothenburger Tage im Oktober 1618 mahnte, „mit den Städten auf den Schlag zu gehen und ihre subterfugia und Ausflüchte zu hintertreiben“ (Herzogtums Archiv).

⁵⁾ Falls er ein Kommando in Venedig erhalte, berechnet Anhalt 1617, möchten seine Freunde jaloux und hinderlich sein, als Baden, Württemberg u. a. Württemberg zu contentiren, würde man Herzog Magnus und respectu Badens Markgrafen Karlen müssen avancieren. Herzogtums Archiv. Über Zwistigkeiten zwischen Anhalt und Landgraf Moritz v. Hessen bereits im Jahre 1610 s. Ritter, Briefe u. A. III 15.

⁶⁾ Schon am 26. September 1610 nennt Fürst Christian „le Palatinat faible et peu assisté, peu aimé, peu appuyé.“ Ritter, a. a. D. III 453.

in dem geistigen Leiter, der Seele des Bundes, in dem Fürsten von Anhalt eine tiefe Verstimmung zu erzeugen. Gleich nach dem Schlusse des Heilbronner Unionstages von 1617 „proponierte er seinem Vertrauten Camerar in rebus unionis aus und in recht gutem Vertrauen: Ich befinde als derjenige, dem origo, progressus et praesens unionis status bekannt, nach gehaltenem Unionstag, auch vorigen actis soviel, daß, wenn wir bei den schläfrigen, kalten und unvollkommenen resolutionibus verbleiben, wie bis Dato geschehen, daß solches gegen Gott, das Vaterland und die Posterität unverantwortlich, ja daß wir notwendig zu Grunde gehen müssen. Er sei nicht singularis, suche auch nicht ohne äußerste Not extrema consilia, er berufe sich auf alles, was er bis Dato geraten, aber anjeto sei es besser, die pericula zu suchen und ihnen entgegenzugehen, als dieselben zu erwarten.“¹⁾

Bei dieser Sachlage kann es nicht wunder nehmen, daß sich der Fürst von den deutschen Verhältnissen mit Mißbehagen abwandte, daß sein rastloser Geist anderweitige Beschäftigung suchte. Wenn er sich um das Jahr 1617 in Europa umsah, mußte ihn zunächst die Verwicklung reizen, in welche Erzherzog Ferdinand von Steiermark mit der Republik Venedig wegen Gradisca geraten war. Anhalt zögerte in der That nicht, Anknüpfungen nach dieser Richtung zu suchen; der Zweck, den er dabei verfolgte, war ein doppelter. Er suchte für sich und seinen ältesten Sohn Anstellung im Heere der Venetianer, für sich den Oberbefehl, und verfolgte nebenbei den Plan, Teilnehmer oder Freunde der Union in Italien zu gewinnen. Anhalt war kein Fremder für die Venetianer; seit Jahren stand er mit dem einflußreichen Paul Sarpi in brieflichem Verkehr, schon 1609 hatte die Union den ansbachschen Rat Dr. Johann Baptista Lend als Unterhändler nach Venedig gesandt.²⁾ Augenblicklich war die Kriegslage derartig, daß seitens der Venetianer eine zweite Belagerung von Gradisca vorbereitet wurde, daß an Stelle des gefallenen Giustiniani ein natürlicher Sohn des Großherzogs Cosmus I. von Florenz, Giovanni Medici, zum Oberbefehlhaber der Landmacht bestellt und Graf Johann Ernst von Nassau mit holländischen, von der Republik erworbenen Truppen aus dem Haag eingetroffen war,³⁾ wodurch sich die Truppenstärke Venedigs auf 16 000 Mann gehoben hatte. Zwischen dem Grafen von Nassau und Giovanni Medici herrschte jedoch die bitterste, jede größere Aktion lähmende Eifersucht, so daß Anhalt wohl nicht mit Unrecht auf die oberste Stelle hoffen konnte. Auch der oben genannte Agent Lend und Markgraf Johann Georg von Brandenburg weilten um dieselbe Zeit in Venedig, letzterer um für sich ebenfalls eine Stellung in dem Heere der Republik zu suchen. Mit ängstlicher Gewissenhaftigkeit, wie es seine Gewohnheit war,⁴⁾ prüfte Anhalt das Für und Wider der Angelegenheit. Es giebt noch ganze Bogen von seiner Hand, auf denen er links die „Difficultäten“, rechts die „Remedia“ gegeneinander abgewogen hat. Wir finden darin, daß er bei der Ausrüstung der Truppen auf die Zeughäuser von Amberg, Heidelberg und Nürnberg rechnete. Zwar würden große Schwierigkeiten vorkommen, in welchen er Rat und Hilfe bedürfe, namentlich wegen Belagerung des Kaisers, daraus leicht die Verhängung der Reichsacht gegen ihn erfolgen könne; er werde Gemahlin und Kinder, Land und Leute verlassen müssen, gemeine und Privat-Sachen von Kurpfalz würden durch seine Abwesenheit leiden, das ganze Unionswesen dürfte ins Stocken geraten. Wenn dagegen eine legitima vocatio stattfände, wenn in Bezug auf die Religionsfreiheit für seine Person, die Passage durch Graubünden, den ernststen Willen der Venetianer den Krieg fortzusetzen, sowie wegen der Lebensmittel und des Generalats alles richtig befunden würde, so könnten ceteris paribus auch einige commoda daraus hervorgehen. Den Unierten werde so auf Unkosten und Gefahr der Venetianer ein anderer und besserer Respekt gemacht, seine eigene Reputation werde wachsen, und die protestantische Religion könne nach der Meinung von Paul Sarpi nach Italien transplantiert werden. Anlangend die Difficultäten wäre es ratione Austriae auch zu bedenken, daß er nicht wenig von ihnen offendierte worden sei. Ganz ähnlich heißt es am Schlusse eines anonymen Abmahnungsschreibens an den Fürsten: Nach dem, daß es am kaiserlichen Hofe oder in Spanien werde übel aufgenommen werden, frage ich so hoch nicht, denn sie uns auch ohne das feind, wenn wir schon zu Hause bleiben; an Abmahnungen, Herolden und dergleichen werde es allerdings nicht fehlen. Ich finde es bezeichnend für den Fürsten, dessen Wahlspruch lautete: Perenne sub polo nihil, daß er an den Schluß seiner Betrachtungen die für einen eifrigen Jünger Calvins wohlherklärlichen Worte setzte: Ego quo fata trahunt retrahuntque sequamur!

¹⁾ Eigenhändige Aufzeichnung Anhalts vom 27. April. Dies, sowie die folgenden Verhandlungen mit Venedig, nach den Akten des Herzöfster Archivs.

²⁾ „Um die Occasionen wahrzunehmen, wie dem Papsttum Abbruch zu thun wäre.“ Ferner sollte er nachforschen, wie für das Evangelium in Venedig zu wirken, und die Signoria bewegen, ein Bündnis mit der Union und mit Ungarn abzuschließen. Schlumbeck a. a. D. 599.

³⁾ Lend berichtet am 1. Juni 1617 aus Venedig: Bei der Audienz des venetianischen Gesandten in Madrid ließ ihn Lerma gar nicht zum Worte kommen, sondern rief ihm zu: Se. Maj. wolle nichts von Vorschlägen hören; Frieden sei nur unter drei Bedingungen möglich, 1. daß die Republik alle Holländer zurücksende oder vernichte (exterminiere), denn Italien, das sonst ein unbefleckter Tempel Gottes gewesen, sei jetzt durch die Niederländer ganz „infectée des hérésies et des façons barbaresques“, 2. daß Venedig alle abgenommenen Plätze dem Erzherzoge zurückgebe, 3. daß es in geistlichen Dingen sich völlig der Autorität und dem Befehle des Papstes unterwerfe. Sarpi glaube, daß die Spanier lieber Maximilian als Ferdinand auf dem deutschen Kaiserthron sehen würden, um eines Tages einen ihrer jungen Prinzen substituieren zu können. J. A.

⁴⁾ Auch 1609 überlegte er lange und hatte viele Bedenken seiner Familie zu überwinden, Senkenberg XXIII, 267. Vgl. das Schreiben seiner Brüder vom 15. Dezember 1609 bei Beckmann II, 321.

Unter dem Vorwande, von der Kurfürstin von der Pfalz Aufträge an den englischen Gesandten Wotton in Venedig zu überbringen, brach Anhalts getreuer Reisediplomat Christoph von Dohna am 1. Mai von Amberg auf. Der Fürst hatte ihm in der Instruktion vor allem eingeschärft, daß eine Übernahme des Generalats für ihn nur annehmbar sein würde, wenn der Krieg länger dauere; wegen drei oder vier Monaten werde er sich das Haus Österreich nicht vorzüglich zum Feinde machen.¹⁾ Dann solle es ihm gestattet sein, nach eigenem Wunsche wieder in den Dienst der Union zurückzutreten. Gelingen der Plan, so könnten die Unionierten ohne Kosten armiert bleiben, sich um das Vaterland wohl verdient machen, Hispaniam et pontificem mit abaisieren helfen; zu geschweigen der Ushelfung der gefallen deutschen Reputation, und daß viele gute angehende Kriegerleute wiederum gezogen, auch die Erfahrung der alten Kapitans in esso erhalten würde.²⁾ Bevor die ersten Berichte Dohnas in Amberg anlangten, liefen daselbst von anderer Seite gute Nachrichten aus Venedig ein. Lenc machte (1. Juni) Hoffnung auf den Eintritt Venedigs in die Union; es scheine, als wolle die Republik den ersten Anstoß zu der umfassenden Veränderung geben, womit der Gesamtkörper Europas bedroht sei. Und Johann Georg von Brandenburg meldete (19. Mai), daß der venetianische Proveditore Nicolaus Contarini sich länger als eine Stunde mit ihm über die Union unterhalten habe. Contarini klagte, daß man der Republik auf zwei Gesandtschaften nicht geantwortet; das äußerste Bedürfnis auf beiden Seiten rate eine engere Verbindung an. Man müsse gegenseitig Agenten bestellen, in einigen Wochen werde Venedig zur besseren und schnelleren Betreibung der Geschäfte eine Gesandtschaft nach Deutschland abordnen; über gewisse Pläne habe man nach Heidelberg geschrieben, aber keine Antwort erhalten. In Krain sei der größte Teil der adeligen Herren geneigt, sich der Republik zu unterwerfen, wenn nur die unionierten Deutschen daran nicht Anstoß nehmen möchten [!] Der Markgraf hat allen Grund unmittelbar dahinter auszurufen: Chose de dure digestion! und mit Recht schreibt er an den Rand seines Briefes neben seine eigene Meldung: Je doute de cela bien fort. Trotz alles in der Eile angewandten Fleißes habe er nichts weiter darüber erfahren können, auch Pater Paolo, d. h. Paul Sarpi, wisse kein Wort davon. Trotzdem war der deutsche Fürst durch die Höflichkeit der glatten venetianischen Nobilität so bezaubert, daß er einige Zeilen weiter in seinem Schreiben fortfährt: Ich glaube sehr, daß sie entschlossen sind, sich enger mit uns zu verbinden; aber seit drei Tagen sind Nachrichten gekommen, je ne sais par qui, daß die Angelegenheiten der deutschen Union einen schlechten Verlauf nähmen, und nun berate man fortwährend, vielleicht über ein Bündnis mit Frankreich. Während eines Besuchs bei Alfons Antonini klagte dieser dem Markgrafen über das jähzornige und unverträgliche Temperament Medicis; als ihm Johann Georg entgegenete, daß Venedig andere und geeignete Feldherren finden würde, wunderte sich der Venetianer, daß der Unionsagent Lenc nicht darüber in Unterhandlung trete. Er, Antonini, wolle sein Leben verwetten, daß die Angelegenheit einen guten Abschluß erreichen werde, wenn man sie nur an der geeigneten Stelle vorbringe.

Nach diesen Mitteilungen durfte Anhalt wegen Dohnas Sendung wohl guten Mutes sein. Dieser hatte seine Reise in größter Eile fortgesetzt; am 13. Mai war er erst³⁾ in Basel, am 24. traf er (über Chur und Bergamo) in Venedig ein. Sarpi empfing ihn aufs freundlichste, aber wie groß war Dohnas Verwunderung, als er von diesem wohlgesinnten und zuverlässigen Manne die wahre Sachlage erfuhr. Der gelehrte Servitenmönch versicherte, es sei eine folgen schwere, jedoch noch nicht zur Reise gelangte Angelegenheit; die Schwierigkeiten erschienen dabei groß und fast unüberwindlich. Dohna war daher der Meinung, daß er für diesmal nichts ausrichten könne, auf Sarpis Rat werde er in wenigen Tagen die Rückreise antreten (Brief vom 7. Juni). Vielleicht werde eine andere Jahreszeit günstiger sein; man glaube in Venedig allgemein, daß der Krieg noch lange dauern könne, und dann werde sich schon noch eine Gelegenheit zur Verwirklichung von Anhalts Plänen finden, doch sei es mit dem Prophezeien eine üble Sache. Es sei ferner durchaus keine Möglichkeit, daß Anhalt, wie dieser gewünscht hatte, zu rascherer Betreibung der Angelegenheit persönlich nach Venedig komme, sein Aufenthalt würde sofort bekannt werden. In welchem Grade Dohna durch den gänzlichen Miß-

¹⁾ Auf des Fürsten Mitteilung an den Grafen Fritz von Solms, daß ihn zwei Punkte abhielten für Venedig zu werben, 1. deren Bund mit den Türken, 2. der Respekt vor Grätz (d. h. dem Erzherzoge Ferdinand von Steiermark), antwortete Solms: (Rödelheim, 3. Juli) Ersteres habe nicht viel zu bedeuten, dagegen das Zweite. Deshalb schlage er vor, überall das Geschrei aus Sprengen zu lassen und die Kapitulation so zu stellen, daß die Venetianer seine Truppen zur Defension und Versicherung ihres Status in der Lombardei, sowie zur Unterstützung des Herzogs von Savoyen, ihres Bundesverwandten, hätten werben lassen. So könne man sich gegen Grätz entschuldigen und San Marco der Klausel ungeachtet doch verschern, daß man seine Devoirs werde zu thun wissen. Pfalz hatte seine guten Dienste „in diesem italienischen Unwesen“ vorher dem Kaiser schriftlich und 1617 den kaiserlichen Räten zu Prag mündlich durch Camerar antragen lassen, „so aber,“ schreibt letzterer, „so wenig respektiert und angenommen worden, daß man auch darauf gar nichts geantwortet hat.“ Berbster Archiv.

²⁾ Von den 22 Punkten der Instruktion sind nur die auf die Union bezüglichen erwähnt worden. In demselben Aktenbände des Berbster Archivs befinden sich übrigens verschiedene Schreiben aus dem Jahre 1607 (mit den Überschriften: Premièrement proposé par le sieur de Landsac, Introduction de ce que sera expedient de consulter sur les propositions de Mrs. de Landsac, Heidelberg 26. März 1607, 2. Mai 1607, les 24 articles, lesquels estoyent à consulter à Heidelberg ce 2me de Mars 1607, Memorial uff die 24 Punkte vor Mr. Schönburg u. a.) die, so viel ich sehe, im ersten Bande von Ritters Briefen und Akten fehlen.

³⁾ Heftige Regengüsse machten die Wege schwer passierbar; die Pferde waren „méchants“, eins stürzte und verletzte ihn leicht. J'espère que ce sera le plus grand désastre de ce voyage. Dohna an Anhalt, Basel, 13. Mai, n. St. Berbster Archiv.

erfolg seiner Sendung niedergeschlagen war, beweist die merkwürdige Stelle am Schlusse eines seiner Briefe. Er beklagt dort seine geringe Fähigkeit und erkennt wohl, daß zu so wichtigen Geschäften ein größerer Geist als der seine gebraucht werde, der sich alle Tage mehr von der Größe entferne. Der Gesandte beteuert, daß alles, was er thue, nur aus Hochachtung für den Fürsten geschehe. „Autrement j'aime mieux pratiquer la sentence: Qui bene latuit, bene vixit. Il en sera ce qu'il plaira à Dieu.“¹⁾

Fürst Christian konnte sich trotz dieser wenig erfreulichen Nachrichten nicht sofort mit dem Gedanken vertraut machen, daß sein großer Plan gescheitert sei. Noch einmal mußte ein Gesandter, der später im dreißigjährigen Kriege vielgenannte Oberstlieutenant Pöblis, mit Briefen und Bildnissen des Kurfürsten von der Pfalz für venetianische Vertrauensmänner den Weg nach Italien antreten.²⁾ Wir erfahren nichts über den Erfolg seiner Sendung, doch läßt Anhalts gereizte Sprache, so oft er bei den Verhandlungen der Folgezeit auf Venedig zurückkommt, darauf schließen, daß sie ebensowenig zum Ziele geführt hat, wie die Reise Dohnas.

Niemals tritt uns die Vielgeschäftigkeit des Fürsten greifbarer entgegen, als in den Akten jener Tage. Aus verschiedenen Hauptstädten Europas laufen die Nachrichten seiner politischen Agenten bei ihm ein. Philipp du Bois berichtet ausführlich aus dem Haag über die steigende Erbitterung der religiösen Parteien in Holland, Friedrich von Berg sendet aus Italien z. T. recht pikante Nachrichten über Venedig, Savoyen und den Papst³⁾. Aber während der Fürst in Zukunftsplänen schwelgt, während er Nächte hindurch zusammenstellt, was Kompagnieen nach deutscher und niederländischer Bestallung 1603 zu Dachstein, 1605 in Holland, 1609 in Jülich gekostet hatten, feiert auch die Gegenpartei nicht.

Bei dem Besuche des Kaisers und Ferdinands von Steiermark in Dresden regte der Kardinal Khlesl 1617 auch die Frage von der Wahl eines Nachfolgers im Reiche wieder an. Der Kurfürst erklärte zuerst, daß die Komposition den Hauptpunkt bei den Beratungen eines Kurfürstentages bilden müsse, doch gab er später im Widerspruch damit zu verstehen, daß er die Kaiserwahl nicht von dem Gelingen der Komposition abhängig machen werde⁴⁾. Der Kardinal faßte diese Äußerung als eine verschämte Zustimmung zu seinen Plänen auf und erklärte nun, daß Matthias den Kurfürstentag auf den 2. Februar 1618 nach Regensburg berufen werde. Zur Einholung der Zustimmung der übrigen Kurfürsten gingen kaiserliche Gesandte ins Reich. Die geistlichen Kurfürsten bereiteten keine Schwierigkeiten; auch der jugendliche Friedrich V. von der Pfalz erklärte sich einverstanden, so lange die Gesandten das Kompositionsgeschäft als den Hauptgegenstand der Verhandlungen hinstellten; sobald sie aber nebenbei bemerkten, daß auch über die Nachfolge beraten werden könnte, wurde der Kurfürst bedenklich und lehnte eine feste Zusage wegen seines Erscheins ab.

Es drohte den Unierten also jetzt in unmittelbarster Nähe, was sie so viele Jahre von sich fern zu halten gesucht hatten. Man kannte die Stimmung der schrofferen Partei am Kaiserhofe in Heidelberg aus bester Quelle. In den ersten Monaten des Jahres 1617 war der pfälzische Rat Camerarius zur Betreibung der Komposition am Hofe des Matthias gewesen; er berichtete von dem festen Willen des Hofes, mit Hilfe Sachsens oder selbst nur Böhmens,

¹⁾ Am Rande steht neben dieser Stelle von fremder Hand: il se Veult mov... oder mav...

²⁾ Aus den 100 Punkten seiner Instruktion hebe ich heraus: Er soll alles heimlich betreiben, soll sich aufs genaueste nach dem Stande der Dinge in Venedig, nach Zustand, Ziffer, Bezahlung von Infanterie, Reiterei und Artillerie, nach der Munition, den Zeughäusern, den höheren Befehlshabern, ferner danach erkundigen, warum Bernhard Schaffelgky von Muckendel plötzlich Oberst über sechs Kompagnieen geworden sei. P. Secchini und Antonini in Udine soll er Bildnisse des Kurfürsten von der Pfalz übergeben, soll von den religiösen Verhältnissen Venedigs, den venetianischen Gesandten und Agenten in den ersten Städten der Welt, von den Verhältnissen bei den Kaiserlichen, wie es beim Papste, auch dessen Umgebung und Hauptmignons, bei Savoyen, in Frankreich, Spanien, Fes, der Verberei, in Marokko beschaffen, und wie Spanien mit letzteren stehe, berichten, was er alles leicht von P. Paolo erfahren könne. Ob wohl Mittel, mit einer guten Schiffarmada, die in Holland hergerichtet werden könne, die spanische Costa anzufallen, und was Nutzen von solcher Impresa zu erwarten? Weiter hat er Nachrichten einzusenden vom türkischen Hofe, den Verwandten des Sultans, von Persien, von der Heirat zwischen Spanien und England, den Fürsten von Florenz, Lucca, Parma, von Genua, von Unteritalien, namentlich von Ossuña. Was man in Venedig von Deutschland, der Union, Baiern, der böhmischen Wahl, von den Dingen in Holland denke, was wegen des Generalats für Christian I. bei Venedig zu thun, und was des jungen Herrn Christians Person betreffen möchte? Ob P. nicht eine gute Relation über Spanien erhalten könne, die nicht älter als aus dem Jahre 1610 sei? Anhalt wünscht ferner Mitteilungen über die Namen aller fremden Gesandten in Venedig und ihre conditiones, über die Meinung der Venetianer in Bezug auf Ungarn und Bathory von Siebenbürgen, über die Friedensbedingungen Venedigs für Erzherzog Ferdinand. Pöblis sollte Briefe für P. Paolo, P. Fulgentio, P. Secchini, Antonini, Fra Guiscardi und Friedrich Berg mitnehmen. Z. A.

³⁾ (Mit unveränderter Orthographie.) Di Roma del 2. Giugno 1617. Lunedì mattina fu Capella Papale per la creazione del vivente Pontifico. Il Card. Sauli a nome del Colleggio de Card^{li} tissa so (tesseva?) parole in lode tel Papa pregandole longa vita. Nella risp^a. il Papa disse come ridendosi de Card^{li}, massime vecchi e papabili: L'aspettativa è ancor molto longa, mà bisogna aver pacienza, cosè Dio vuole. Questo dire punse forte i Card^{li}. E Bellarmino in scendendo da Palazzo disse a Tosco: Questo non è proceder da Papa. Gli altri Pontefici in tal'azioni ringraziavano i Card^{li}, e questo si burla di loro et li può burlare, perché è più bello, più grasso e più vigoroso ti tutti loro. Z. A.

⁴⁾ Wohin eine derartige Halbheit führen mußte, bewies beim Wahlstage von 1619 die Berufung von Mainz auf die goldene Bulle, Ranke VII, 257. Die zahmen Vorschläge Sachsens bezüglich der Reformen vor der Wahl von 1612 bei Kohl a. a. D. 66.

falls Erzherzog Ferdinand dessen Krone erlange, und der geistlichen Kurfürsten unter allen Umständen eine Mehrheitswahl gegen die Stimmen der Protestanten zuwege zu bringen. Die kaiserlichen Räte, bemerkt er in seinem öfters erwähnten Berichte, sind in ihren wegen des Kompositionswerks mit mir gehaltenen Diskursen gar mit einer Meinung, indem etliche auf einen Reichstag, etliche auf eine Zusammenkunft der Kurfürsten gehen. So meldet sonderlich der von Ulm, daß es mit gütlicher Handlung fortzukommen sehr schwer sein würde, da man nicht zuvor in eventum, und wann dieselbe ohne Frucht ablaufen möchte, eines judicis sich mit einander vergleiche, welches ich ihm dermaßen abgeleint und demonstriert, daß, wann man nur Lust zur Güte, Billigkeit und Unparteilichkeit hätte, auch noch etwas alten deutschen Vertrauens übrig wäre, man leichtlich besser zusammen würde kommen mögen. Durch fleißige Nachforschung bei etlichen der vornehmsten evangelischen böhmischen Stände habe er soviel erfahren, daß Matthias einen Generallandtag behufs der Nachfolge Ferdinands in Böhmen ausschreiben wolle; wenn der Kaiser dabei die Böhmen wegen des Majestätsbriefs versichere („welches doch ein sehr fragile vinculum sein wird“), würden die vota insgemein auf die Designation des Erzherzogs ausschlagen und einige Opponenten dagegen sich nicht finden. Genau so, wie der Gesandte es vorausgesagt, war es mittlerweile gekommen. Ferdinand war rex designatus von Böhmen geworden, Sachsen stimmte dem Kurfürstentage zu, und Pfalz und Brandenburg glaubten sich auf die Dauer nicht absondern zu dürfen. Wurde aber auf dem Kurfürstentage zuerst über die Nachfolge verhandelt, so galt es, da die Union Ferdinands Wahl mit allen Mitteln bekämpfte, ihm einen anderen Kandidaten entgegenzustellen. Die Zeit drängte, obgleich der Termin des Zusammentritts bis zum April und dann nochmals bis zum 28. Mai 1618 hinausgeschoben wurde.

Der Kurfürst von der Pfalz hat es nun thatsächlich auch an persönlichen Bemühungen zur Aufstellung einer Gegenkandidatur nicht fehlen lassen. Wir finden ihn Ende Juli 1617 bei dem „alten Hugenottenführer“, dem Herzoge von Bouillon, in Sedan, von wo er dem Herzoge von Lothringen den deutschen Kaiserthron anbieten läßt. Nach dessen Ablehnung reiste der ansbachsche Rat Neu im Oktober nach Köln und München und empfahl den bairischen Räten die Erhebung Maximilians mit allen möglichen Gründen. Der über des Gesandten Beharrlichkeit erbitterte Herzog von Baiern schrieb seinem Räte Jocher: Ich bin je länger, je mehr der Meinung, man solle diesen Leuten die Sache etwas deutscher zu verstehen geben. Ich bin ein für alle Mal nicht bedacht, mich mit dem Hause Osterreich wegen der Succession in Irrung oder gar in eine Weiterung zu begeben, auch finde ich, daß es mir und meinem Hause mehr schädlich als nützlich sein würde, mir eine so schwere Bürde aufzulasten. In der Verlegenheit um einen anderen geeigneten Kandidaten, vielleicht auch weil man Maximilians Ablehnung in Heidelberg nicht für endgiltig hielt, beschloß der pfälzer Kurfürst noch einmal und zwar persönlich auf den wittelsbacher Better einzuwirken. Er forderte Anhalts Gutachten und Zustimmung zu dieser Reise. Der Fürst erteilte sie schweren Herzens, denn er mußte sich sagen, daß bei dem scharfen politischen Verstande Maximilians auf dessen Sinnesänderung schwer zu rechnen sei; „thatsächlich liefen doch die pfälzischen Vorschläge zum Nachteile der Katholiken hinaus und seien darauf berechnet, sie unter einander uneinig zu machen.“ Gleichwohl müsse man diesen letzten Versuch wagen, denn erreiche man es jetzt nicht, dem Hause Habsburg die deutsche Krone zu entreißen, so „müsse man das desperate Werk ein für alle Mal aufgeben.“¹⁾

Auf diese wenig versprechenden Aussichten hin unternahm nun Friedrich V. seine Reise nach Baiern. Er leitete sie mit einem Umwege über Berlin ein, verständigte sich dort mit dem brandenburgischen Kurfürsten²⁾ und besuchte darauf mit letzterem zusammen Johann Georg von Sachsen. Man schämte sich in Dresden nicht, den verhassten Calvinern die bewußte Unwahrheit zu sagen, der Kurfürst selbst beteuerte ihnen, obwohl er vom Gegenteil überzeugt war, daß die Komposition, wenn sie je zustande kommen werde, nur auf einem Kurfürstentage zu erreichen sei. Von Dresden ging Friedrich nach München; er fand den Baiernherzog in seiner ablehnenden Haltung unverändert. So freundlich die Aufnahme war, die Maximilian dem jugendlichen Better angedeihen ließ, er wußte ihr einen ernsten Hintergrund zu geben. Oft, wenn ein Haus auf das Höchste gekommen, äußerte er, pflege Gott damit eine Änderung zu machen.³⁾

Um sich nun wegen des bevorstehenden Kurfürstentages mit den Ansichten der Unierten in Einklang zu wissen, berief der Kurfürst von der Pfalz am 7. April 1618 zum 29. desselben Monats einen Unionstag nach Heilbronn. Als die Union ihre nächste Zusammenkunft abhielt, erfüllte Waffengeräusch einen Teil des Reiches; der Tag von Heilbronn war der letzte, den sie in der hergebrachten, verhältnismäßig ruhigen Weise begehen konnte. Wie wir im Folgenden sehen werden, bildete er freilich auch den würdigen Abschluß zu der bisherigen staatsmännischen Leitung und Haltung des Bundes, der zehn Jahre hindurch in selbstzufriedener, unklarer Gefühlspolitik geschwelgt hatte.

(Teil II, der Unionstag von Heilbronn, folgt im nächsten Jahre.)

¹⁾ Gindely, dreißigjähr. Krieg I, 185—195.

²⁾ Nach einer Versicherung des Markgrafen von Ansbach in dem gleich folgenden Memorial (vom 21. April, im Herbstes Archive) erklärte Johann Sigismund in Berlin, daß er in dem evangelischen Wesen neben den unierten Mittänden fortfahren und nichts davon aussetzen werde. Vgl. auch das Schreiben Friedrichs an die Unierten, Heidelberg, 4. Dezember 1617, im Archiv. Unitt. Protest.

³⁾ Söllt, Religionskrieg I, 116.